

## Wie sehr würden wir wohl an der Nase herumgeführt werden, wenn wir politisch nicht aktiv wären?

- 4 *Transferstelle politische Bildung*
- 16 *Neues aus der Hess. Beihilfenverordnung*
- 16 *Rechtsstreitigkeiten bei Klassenfahrten*
- 17 *1. Seniorenpolitische Fachtagung*



Gewerkschaft für  
berufliche Bildung  
im Deutschen  
Beamtenbund  
(DBB)



Deutscher  
Lehrerverband  
Hessen



Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer  
an beruflichen Schulen in Hessen e.V.



**Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen  
und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e.V.**

## **I N H A L T** *Ausgabe Juni 2015*

### **3 Vorwort**

### **4 Aktuelles**

- \_ Impulse für die Praxis: Die Transferstelle politische Bildung bringt Wissenschaft und Praxis zusammen
- \_ Der VDE informiert: Ingenieurarbeitsmarkt: Wen die Wirtschaft will
- \_ Tagung des Ausschusses Recht und Besoldung

### **6 Eine berufliche Schule stellt sich vor**

- \_ Richard-Müller-Schule

### **9 HPRLL**

- \_ dlh-Nachrichten II-2015
- \_ dlh-Nachrichten III-2015

### **16 Recht und Besoldung**

- \_ Sachstand – „Hessische Beihilfenverordnung“
- \_ Keine Kostenübernahme des Dienstherren bei Rechtsstreitigkeiten durch Klassenfahrten – Lehrkraft muss Anspruch privatrechtlich geltend machen

### **17 Senioren**

- \_ 1. Seniorenpolitische Fachtagung: Mobilität ist (k)eine Altersfrage?

### **19 Aus den Kreisverbänden**

- \_ Pensionärstreffen an der Peter-Behrens-Schule „7. jährliche Gesamtkonferenz der Verflorenen“ am 13.11.2014
- \_ Wechselspiel zwischen inhaltlicher Entwicklung und lang überfälligen Sanierungserfordernissen erneut in der Diskussion – Zum Stand des gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplanes (BSEP) der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg

#### IMPRESSUM

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

Herausgeber: Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V. Lothringer Straße 3–5,  
63450 Hanau, Telefon (06181) 25 22 78, Telefax (06181) 25 22 87, E-Mail glb.hessen@t-online.de

Gestaltung/Druck: Grafik & Druck Steiner oHG  
Philipp-Reis-Straße 3, 63755 Alzenau, Telefon 06023-97950, Telefax 06023-979550, E-Mail info@gds-steiner.de

Redaktion: Theresa Rohde, Thomas Kramer, Wenzel Preis, E-Mail glb-hessen@t-online.de

Manuskripte: Berichte oder Manuskripte werden gern entgegengenommen. Mit der Einsendung bestätigt der Verfasser, dass die Vorlage frei von Rechten Dritter ist. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung, eine Auswahl, eine Kürzung oder eine redaktionelle Zusammenfassung vor bzw. berichtet über Inhalte. Für die Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des glb und dessen Redaktion. Honorare werden keine vergütet. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Der Verfasser stimmt einer Veröffentlichung der Impulsausgabe auf der Homepage zu und gestattet den Versand der Ausgabe mit E-Mail.

Erscheinungsweise: 4-mal jährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN: 1869-3733

# An der Nase herumgeführt?

Dieser Ausdruck stammt wohl daher, dass man - zum Teil heute noch - dem Nutzvieh einen Knebel in die Nase gemacht hat, um es gefügig dorthin führen zu können, wo man es gerade benötigt.

Die hessische Landesregierung lobt in höchsten Tönen den Verlauf der Inklusion. Dass Kinder und Jugendliche mit Einschränkungen in ihrer Entwicklung gefördert werden und eine Chance auf (berufliche) Bildung erhalten müssen, steht völlig außer Frage. Nur stellt sich hier die Frage der Umsetzung. Die Kollegen in den Schulen sind Pädagogen, keine Sozialarbeiter und keine Sonderpädagogen. Gerade in den beruflichen Schulen herrscht ohnehin und zwangsläufig eine extrem hohe Flexibilität. Nicht selten sind wir an einem Tag zuerst in einem der "besonderen Bildungsgänge" im Umgang mit 15jährigen gefordert, unterrichten anschließend auf höchstem fachlichem Niveau in beruflichen Leistungskursen bei 19jährigen, um dann mit erwachsenen Schülern und Studierenden (Techniker, Fachschüler, Abendgymnasium...) einen erneuten Wechsel in pädagogischer Vorgehensweise und fachlichem Anspruch zu vollziehen. Auch der Unterricht am Abend oder an Samstagen ist für uns Lehrer an beruflichen Schulen kein unbekanntes Phänomen.

Durch die Einführung der Inklusion wurde unser beruflicher Alltag noch bunter, denn so nichtexistent die Unterstützung in Klassen mit Inklusionsschülern ist, so mannigfaltig sind auch die Formen der möglichen Einschränkungen von Inklusionsschülern. So müssen auf Grund fehlender Fahrstühle die Klassenräume verschoben werden, Schüler mit psychischen Problemen erfordern ständige Schüler- und Klassenkonferenzen und setzen die Kollegen der Gefahr des ungerechtfertigten Vorwurfs des Fehlverhaltens aus, Studienfahrten und Exkursionen scheitern zum Teil an fehlender Mobilität, Einschränkungen in der Sehkraft werfen komplette Unterrichtskonzepte über den Haufen, die mündliche Mitarbeit von Schülern mit enormen sprachlichen Problemen soll bewertet werden ...

Wir sind gerne bereit uns diesen Anforderungen zu stellen, um die notwendige Hilfe zur Integration zu leisten - doch wo bleibt unsere Unterstützung?

Schon mehr als einmal habe ich mich im Unterricht in Richtung Tür gedreht und gedacht:

"... und wo ist nun der dafür ausgebildete Sozialarbeiter, der bei der fachgerechten Betreuung und einer - nicht nur auf dem Papier existierenden - behindertengerechten Umsetzung der Inklusion hilft? ..."

Inklusion also mit Nichtunterstützung inklusive.

Die Landesregierung erwartet von uns eine Umsetzung der Inklusion, verweigert uns überwiegend die Unterstützung, und wenn es um Gehaltsanpassung geht, dann wird sie selbst zum Inklusionsschüler - denn auf diesem Ohr ist sie taub! Da fühlt man sich schon an der Nase herumgeführt.

Wir vom glb kämpfen für eine verstärkte Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen bezüglich der Inklusion, die nachhaltig wirkt und nicht nur "auf dem Papier gut aussieht".

Auch kämpft der glb für eine ordnungsgemäße Anpassung unseres Gehaltes. Es wird Zeit, dass unsere Arbeit wieder zeitgemäß entlohnt wird.

Stellt sich Ihnen nun die Frage, ob diese Bemühungen fruchtbar sein werden, so stelle ich Ihnen die Frage:

**Wie sehr würden wir wohl an der Nase herumgeführt werden, wenn wir politisch nicht aktiv wären?**

Ihre Regionalvertreter

Hans-Georg Walka, Bertram Böhser, Thomas Kramer



**M**it ihrem praxisorientierten Angebot setzt die neu gegründete „Transferstelle politische Bildung“ Impulse für eine stärkere Vernetzung von empirischer Wissenschaft und politischer Bildung.

#### Ziele der Transferstelle politische Bildung

Die Transferstelle politische Bildung will

- die Wahrnehmung empirischer Wissenschaft in der Praxis verbessern,
- die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis unterstützen,
- die Kommunikation innerhalb empirischer Wissenschaft anregen,
- die Professionalisierung und Weiterentwicklung der Praxis politischer Bildung befördern,
- die öffentliche Wahrnehmung politischer Bildung in Politik, Fachwelt und Öffentlichkeit verbessern.

*Impulse für die Praxis:*

## Die Transferstelle politische Bildung bringt Wissenschaft und Praxis zusammen

#### Kontakt

Niklas Schmidt  
Email:  
schmidt@transfer-politische-  
bildung.de



#### Breites Angebot zur Information und Vernetzung

Praktiker und Praktikerinnen finden hier Analysen von Forschungsergebnissen zu unterschiedlichen Themengebieten politischer Bildung sowie Anregungen für ihre Praxis.

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben die Möglichkeit, ihre Forschungsprojekte publik zu machen und wissenschaftliche Arbeiten von Kolleginnen und Kollegen zu rezipieren. Darüber hinaus erhalten sie Impulse, die Praxis politischer Bildung zu erforschen. Gleichzeitig ist die Transferstelle politische Bildung eine Plattform für den Austausch und die Vernetzung von Praxis, Wissenschaft und Politik, die Anregungen zur Entwicklung von (interdisziplinären) Forschungsfragen und Forschungsdesigns gibt, damit wissenschaftliche Forschungsarbeiten stärker an die Praxis politischer Bildung anschließen.

Unter der Internetadresse [www.transfer-politische-bildung.de](http://www.transfer-politische-bildung.de) finden Bildungsverantwortliche seit März 2015 unter anderem eine Online-Datenbank mit

Kurzanalysen aktueller Studien und daraus abgeleiteten Empfehlungen für die Praxis der politischen Bildung. Interviews mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Berichte von Tagungen und Kongressen liefern Hintergrundinformationen. Rezensionen, Literaturlisten und Berichte über Forschungen runden das Transferangebot ab. Ein regelmäßiger elektronischer Newsletter dient der schnellen Information über aktuelle Entwicklungen. Die Transferstelle arbeitet außerdem intensiv zu einem Jahresthema, zu dem auch eine Publikation und eine Fachtagung geplant sind. Daneben sind Veranstaltungen zur Aktivierung eines interdisziplinären Austauschs und des Austauschs zwischen empirischer Wissenschaft und Praxis politischer Bildung geplant.

#### Die Transferstelle

Das Team der Transferstelle mit Sitz in Essen arbeitet seit Ende 2014 unter Leitung von Dr. Helle Becker daran, empirische Wissenschaft und Praxis politischer Bildung zu vernetzen.

Unterstützt wird die Transferstelle in ihrer Arbeit von einem Beirat. Vertreterinnen und Vertreter aus dem schulischen und außerschulischen Bereich politischer Bildung, Zuwendungsgeber und Unterstützer bringen die Bedarfe der Praxis in die Arbeit der Transferstelle ein und wirken an der Auswahl thematischer Schwerpunkte mit. Ein Expertinnen- und Expertenrat aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern begleitet und ergänzt die Arbeit der Transferstelle und wirkt bei Veröffentlichungen der Transferergebnisse mit.

Die Transferstelle politische Bildung ist ein Projekt des Transfer für Bildung e. V. und wird gefördert aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

#### Ausgangslage

Die Forschungslage zur politischen Bildung ist schwierig, die Verbreitung der Erkenntnisse empirischer Wissenschaft in der Praxis ist begrenzt.

Die für politische Bildung relevante empirische Forschung findet sich bei verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und in Fachdiskursen, die nur unzureichend vernetzt sind. Nur wenige empirische Forschungsarbeiten befassen sich direkt mit politischer Bildung, allerdings gibt es andere Daten und Erkenntnisse, die für die Praxis interessant sind. Insgesamt werden empirische Forschungsergebnisse für die und von der Praxis politischer Bildung kaum systematisch erschlossen. Die Praxis der schulischen und außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung könnte erheblich besser als bisher von wissenschaftlichen Erkenntnissen profitieren. ←

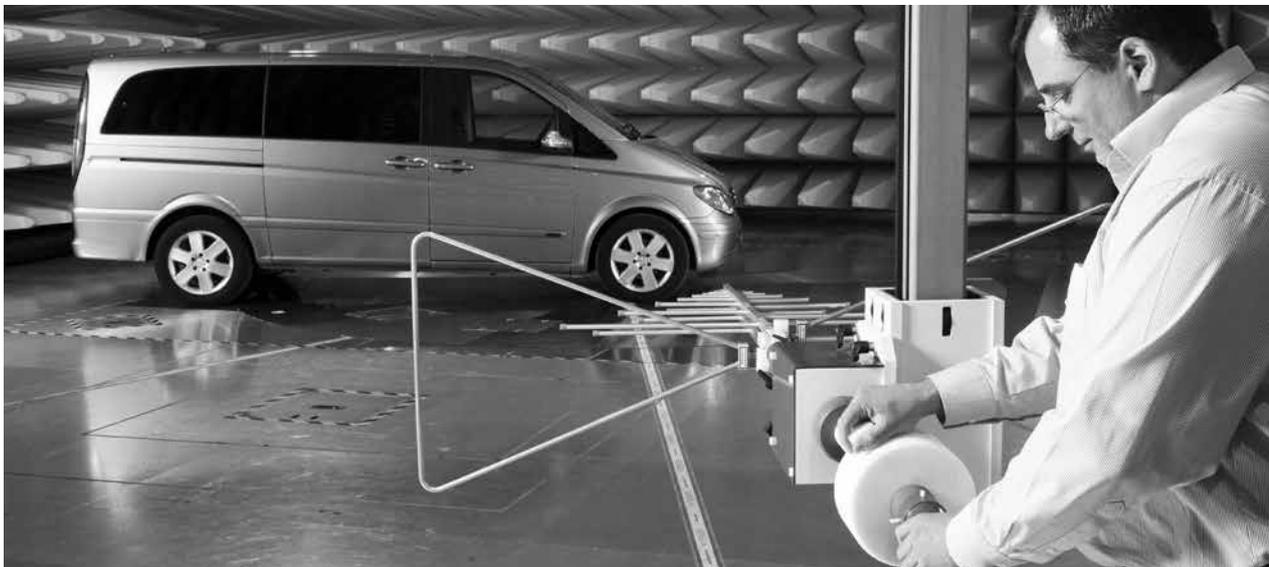
Der VDE informiert:

# Ingenieurarbeitsmarkt: Wen die Wirtschaft will

**W**ohl dem, der das richtige studiert hat. Dass Elektroingenieure und IT-Experten exzellente Berufschancen haben und sich der internationale Wettbewerb um Fachkräfte der Elektro- und Informationstechnik weiter verschärfen wird, ist Konsens unter den 1.300 VDE-Mitgliedsunternehmen und Hochschulen der Elektro- und Informationstechnik. 84 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, dass der Trend zu Industrie 4.0, Elektromobilität, Smart Grids und Smart Cities den Bedarf an Elektroingenieuren und IT-Experten weiter erhöhen wird. "Es reicht aber nicht, nur das richtige Fach zu studieren. Wer erfolgreich sein will, muss über den Tellerrand seiner Fachrichtung blicken können und sich in andere Bereiche einarbeiten wollen. Gerade für Querschnittsthemen wie Industrie 4.0 oder Smart Grids ist dies wichtig. Hier arbeiten Elektroingenieure Hand in Hand mit Maschinenbauern und ITlern", betont VDE-Vorstandsvorsitzender Dr.-Ing. Hans Heinz Zimmer. Dass der Anteil von Elektroingenieuren an der Belegschaft in Unternehmen in den nächsten Jahren zunehmen wird, glauben 77 Prozent der Befragten. Zwei Drittel beklagen, dass die Ingenieurbelegschaft stetig älter wird und zu wenig Jüngere nachrücken. Die Engpässe beim Nachwuchs betreffen Unternehmen (57 Prozent) und Hochschulen (59 Prozent) gleichermaßen. Gesucht werden Ingenieure und Ingenieurinnen der Elektro- und Informationstechnik hauptsächlich im Bereich Planung / Projektierung / Engineering (77 Prozent), Forschung / Entwicklung (62 Prozent) und IT / Software / Dienstleistung (50 Prozent), aber auch in Produktion / Montage (32 Prozent) und Vertrieb / Marketing (25 Prozent).

## Über den VDE:

Der VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik und Informationstechnik ist mit 36.000 Mitgliedern (davon 1.300 Unternehmen, 8.000 Studierende, 6.000 Young Professionals) und 1.200 Mitarbeitern einer der großen technisch-wissenschaftlichen Verbände Europas. Der VDE vereint Wissenschaft, Normung und Produktprüfung unter einem Dach. VDE-Tätigkeitsfelder sind der Technikwissenstransfer, die Forschungs- und Nachwuchsförderung in den Schlüsseltechnologien Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik und ihrer Anwendungen. Die Sicherheit in der Elektrotechnik, die Erarbeitung anerkannter Regeln der Technik als nationale und internationale Normen, Prüfung und Zertifizierung von Geräten und Systemen sind weitere Schwerpunkte. Das VDE-Zeichen, das 67 Prozent der Bundesbürger kennen, gilt als Synonym für höchste Sicherheitsstandards. Die Technologiegebiete des VDE: Informationstechnik, Energietechnik, Medizintechnik, Mikroelektronik, Mikrotechnik sowie Automation. Mehr Infos zum VDE unter: [www.vde.com](http://www.vde.com)



v.l.n.r.: Dieter Hessler, Ursula Münzberg, Helmut Deckert, Hannelore Andree, Hans-Jürgen Kirschbaum



*Eine berufliche Schule stellt sich vor*

# Richard-Müller-Schule

## Berufliche Schulen der Stadt Fulda



Richard  
Müller  
Schule  
Kaufmännische Schulen  
der Stadt Fulda

**Schultyp:** Die Richard-Müller-Schule bietet in Voll- und Teilzeitschulformen sowie der Berufsschule ein breites Spektrum an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit der beruflichen Ausrichtung Wirtschaft und Verwaltung an.

**Schulleitung** **Schulleiterin:**  
OStDin Claudia Hümmler-Hille

**Stv. Schulleiter:**  
StD Horst Pfau

**Abteilungsleiter:**  
I StDin Isabel Herbert  
II OStR Andreas Orth  
III StD Jörg Demuth  
IV StDin Doris Kling  
V StD Hubert Krah  
VI StDin Ute Wieters

**Anzahl Kollegen** 160

**Koordination Fachpraxis:**  
Petra Besel

**Berufsfelder** Wirtschaft und Verwaltung

**Schulformen** **Vollzeit:**  
Einjährige Höhere Berufsfachschule  
(Höhere Handelsschule)  
Zweijährige Höhere Berufsfachschule FR  
Bürowirtschaft und FR Fremdsprachensekretariat  
Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung  
Berufliches Gymnasium FR Wirtschaft  
Zweijährige Fachschule Wirtschaft  
FR Betriebswirtschaft

**Teilzeit / Berufsschule:**  
Automobilkaufmann/-frau  
Bankkaufmann/-frau  
Bürokaufmann/-frau  
Fachkraft für Lagerlogistik  
Fachlagerist  
Großhandelskaufmann/-frau  
Industriekaufmann/-frau

Informatikkaufmann/-frau  
Informations- und Telekommunikations-Systemkaufmann/-frau  
Notarfachangestellte/r  
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation  
Kaufmann/-frau für Büromanagement  
Kaufmann/-frau für Dialogmarketing  
Kaufmann/-frau im Einzelhandel  
Kaufmann/-frau für Spedition und Logistikdienstleistungen  
Kaufmann/-frau für Verkehrsservice  
Rechtsanwaltsfachangestellte/r  
Servicefachkraft für Dialogmarketing  
Steuerfachangestellte/r  
Verkäufer/in  
Ausbildungsbegleitender Erwerb Fachhochschulreife  
Zweijährige Fachschule Wirtschaft FR Betriebswirtschaft

### Besondere Einrichtungen

Kooperation der Zweijährigen Fachschule und der Fachschule des Mittelstands Bielefeld (FHM): Studierende der Fachschule, die über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen, können parallel das Bachelorstudium an der FHM aufnehmen. Inhaltliche Synergien werden durch die Anerkennung der Fachschul Klausuren für das Bachelorstudium optimal genutzt. Über das Fachschulstudium hinausgehende Studienbestandteile werden durch das Studienzentrum vor Ort angeboten und betreut.

In einem Selbstlernzentrum können die Schülerinnen und Schüler in angenehmer Lernatmosphäre lernen, recherchieren, Lernstoffe vor- und nachbereiten, sich gezielt auf Prüfungen vorbereiten und allgemein Lern-techniken einüben. Pädagogisch werden sie dabei von Lernexperten begleitet. Da es viele vorstellbare Konstellationen gibt, die unsere Schülerinnen und Schüler davon abhalten, ihre Potenziale in Bildung und Ausbildung zu entfalten, hat die Schule ein breit aufgestelltes Unterstützerteam entwickelt, das aus speziell fortgebildeten Lehrerinnen und Lehrern sowie einer Sozialarbeiterin besteht. Hier - in einem speziell hierfür eingerichteten Beratungsraum - wird professionelle Beratung betrieben, um eventuelle Lernblockaden abzubauen.

Speziell für die zweijährige Berufsfachschule wurde im Jahr 2010 eine Kooperation mit der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwissenschaften ins Leben gerufen. Diesen Schülerinnen und Schülern mangelt es oft an Selbstvertrauen und ihre Leistungsbereitschaft ist unter Umständen nicht sehr ausgebildet. Studierende der Hochschule „coachen“ daher unsere Schüler im Rahmen ihres Praktikums, d. h. sie beraten, fördern und nehmen ihre Zöglinge in die Pflicht, sich für die eigenen Belange zu engagieren. Da wir unsere Schülerinnen auf eine globalisierte Welt vorbereiten wollen, führen wir Schüleraustausche durch und haben ein breites Zusatzangebot im Fremdsprachenbereich.

So können die Schülerinnen und Schüler Zusatzzertifikate angelehnt an dem Europäischen Fremdsprachenportfolio (IHK- und KMK Fremdsprachenzertifikat, Cam-

bridge-Vorbereitungskurse, Delf, Türkisch und in Vorbereitung Russisch) erwerben. Im Bereich des Beruflichen Gymnasiums findet eine enge Kooperation mit den umliegenden Beruflichen Gymnasien statt. Dies ermöglicht den Schülerinnen und Schülern der beruflichen orientierten gymnasialen Oberstufen eine freie Auswahl bei den Leistungskursen, aber auch z. B. die Fortführung von Fremdsprachen - wie z. B. Latein. Auch im künstlerischen Bereich kooperieren die beruflichen Schulen und bieten z. B. Literaturkurse, Fotokurse und Theaterkurse unter der Federführung unserer Schule an. So wird eine ganzheitliche Bildung der Person gewährleistet. In besonders eingerichteten Intensivklassen lernen junge Flüchtlinge Deutsch, werden aber auch in anderen Fächern unterrichtet. Fokus ist hier die möglichst baldige Integration, d. h. die Schülerinnen und Schüler werden vor allem auch in Gepflogenheiten, Werte und Vorstellungen europäischer/deutscher Tradition eingeführt. Dies wird noch unterstützt durch die Bereitstellung und Betreuung von Praktika. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, möglichst bald entweder sich weiter formal schulisch zu qualifizieren oder direkt in eine Berufsausbildung überzugehen.

Ein besonderes Projekt zeichnet unsere Schule aus, das den ganzheitlichen Ansatz exemplarisch illustriert. Unsere Mensa „Richatoni“ wird von einer eigens hierfür gegründeten Firma getragen. Diese besteht zu gleichen Teilen aus unserer Juniorenfirma (JuCa e. V.), einem Verein, der einer Klasse 11 der Fachoberschule ein Praktikum im Hause ermöglicht und dem St. Antoniusheim, einer Einrichtung, die sich um Menschen mit Behinderungen kümmert und ihnen sowohl Heimstatt als auch Arbeitsplätze - wenn möglich - bietet. Unsere Schülerinnen und Schüler betreiben unter Anleitung die Firma, müssen hier aber auch in Küche und Essensausgabe z. B. helfen. Das Antoniusheim liefert die warmen Speisen und die Backwaren und bietet damit - wie Richatoni selbst - Menschen mit Einschränkungen einen Arbeitsplatz. Ein wahrhaft soziales und nachhaltiges Schulprojekt.

### Unter 4 Augen mit der Schulleitung:

Wir wollen einander mit Respekt und Wertschätzung begegnen. Dies ist die Handlungsmaxime, die sich die Richard-Müller-Schule zum Leitmotiv gesetzt hat. In unserem Leitbild verpflichten wir uns, unsere Schülerinnen und Schüler in ihren fachlichen als auch in ihren persönlichen Kompetenzen im Rahmen unseres Bildungs- und Erziehungsauftrags auf die Anforderungen einer globalisierten Welt vorzubereiten. Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler optimal begleiten und unterstützen, damit sie ihre Potenziale schon während ihrer Ausbildungszeit optimal entfalten und fachlich auf hohem Niveau ausgebildet werden können. Wir verstehen uns als eine Schulgemeinde, in der der

Mensch im Mittelpunkt steht und ganzheitlich gefördert wird. Dann stellt sich beruflicher Erfolg ein. So sehen wir uns als eine Schule, die flexibel und zukunftsorientiert die Anforderungen aus Gesellschaft und Wirtschaft analysiert und in ihren Schulalltag integriert. Dies zeigt sich nicht nur in fachlich hochwertigem Unterricht, in der Unterstützung unserer Schülerinnen und Schüler durch eigens geschulte Kolleginnen und Kollegen sowie durch Sozialarbeit. Es zeigt sich auch darin, dass wir als Bildungsanbieter auf die Bedürfnisse der Region angemessen reagieren und beispielsweise neue Bildungsangebote ausloten und umsetzen.

**Richard-Müller-Schule – Berufliche Schulen der Stadt Fulda**

Pappelweg 8, 36037 Fulda, Telefon: 0661-9687-0, Telefax 0661-9687-81

poststelle@richard-mueller-schule.fulda.schulverwaltung.hessen.de, www.richard-mueller-schule.de

**A**m 6. und 7. März 2015 trafen sich die Mitglieder des Ausschusses Recht und Besoldung des VLW-Bundesverbandes zu ihrer planmäßigen Sitzung in Fulda.

Insgesamt 14 Teilnehmer bearbeiteten ein umfangreiches Programm.

Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden Dieter Hartmann wurden geschäftsnotwendige Themen wie zum Beispiel die Bestätigung der Tagesordnung und die Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung abgearbeitet.

Als Gast nahm am ersten Tag der **stellvertretende BLBS-Bundesvorsitzende Wolfgang Lambl** teil. Er warb mit Blick auf die fusionierten Landesverbände in neun Bundesländern vor allem für eine bessere Vernetzung der Arbeit des BLBS mit dem VLW auf Bundesebene. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit werden vom Ausschuss geprüft.

## Tagung des Ausschusses Recht und Besoldung

VON ALEXANDER NEUHOFF UND JÜRGEN FISCHER (VLW SACHSEN)



Ausschussvorsitzender **Dieter Hartmann** versorgte die Anwesenden mit aktuellen Informationen aus dem VLW-Bundesverband.

Alle Teilnehmer sind sich einig, dass die Mitwirkung von Vertretern nahezu aller Bundesländer im Ausschuss eine hervorragende Grundlage für die Arbeit bildet. Das gute Arbeitsklima, vor allem die straffe Führung der Veranstaltung durch den Vorsitzenden Dieter Hartmann, sowie die ausgezeichneten Tagungsbedingungen sind für diesen Umstand wesentliche und vorteilhafte Voraussetzungen.

Sehr interessant war die Auswertung der Synopse zu den **Pflichtstunden** und den **Altersermäßigungen der Lehrkräfte** in den einzelnen Bundesländern, die durch die Mitglieder des Ausschusses erarbeitet wurde. Hier zeigt sich, dass vor allem in den östlichen Bundesländern eine höhere Unterrichtsbelastung festgelegt wurde. Dabei gibt es Abweichungen von bis zu drei Wochenstunden. Wenn man die Entwicklung des Lehrerbedarfes in den nächsten Jahren betrachtet und auch die unterschiedliche Bereitschaft zur Verbeamtung in den Bundesländern

berücksichtigt, kann man durchaus von Standortnachteilen sprechen.

Alle Anwesenden sind sich einig, dass gerade die Gegenüberstellung der Länderbedingungen eine gute Möglichkeit darstellt positive Dinge, wie auch Defizite sichtbar zu machen und daraus eine abgestimmte Entwicklungsarbeit auf Bundesebene zu organisieren.

Ein Hauptpunkt dieses Treffens war die Arbeit zur Schaffung einer Synopse zu den länderspezifischen **Regelungen zur Gleichstellungsbeauftragten**. Nachdem in den vergangenen Jahren die Gesetzestexte im Original nebeneinander gelegt wurden, hat sich der Ausschuss entschieden nach einer einheitlichen Vorlage die Gesetzestexte darzustellen. Man verspricht sich davon eine größere Übersichtlichkeit und eine Verdeutlichung der Unterschiede.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurden die Anwesenden von **Katrin Gräter** aus Mecklenburg-Vorpommern über die aktuelle **Entwicklung in den Tarifverhandlungen** informiert. Einheitliches Unverständnis erzeugt die Arbeitgeberhaltung, den Verhandlungsteilnehmern kein Angebot vorzulegen. Wenn, wie sehr oft betont, die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer geschätzt wird, ist der Umgang schlichtweg eine Unverschämtheit. Die Teilnehmer sind sich einig, dass Streiks und andere Arbeitskämpfmaßnahmen nur notwendig sind, weil die starre Haltung der Arbeitgeberseite keine anderen Reaktionen zulassen.

Als traditionell letzter Punkt gaben die Teilnehmer kurze **Länderberichte**. Hier ist es vor allem die Vielfalt der Themen, die immer wieder beeindruckt. Diesmal vor allem die Anforderungen, die sich aus der Aufnahme von Flüchtlingen für die berufliche Bildungsstätten und ihre Beschäftigten ergeben. Der enorme Bedarf an Deutschsprachkursen beeinflusst natürlich auch die Arbeit der Berufsschullehrer.

Die Eröffnung vieler Klasse für DAZ Unterricht stellt auch das Problem, qualifiziertes Lehrpersonal bereitzustellen zu können. Sehr interessant waren die Erläuterungen der Kolleginnen und Kollegen, welche Wege der Integration der Flüchtlinge eingeschlagen werden. Vor allem praktische Tätigkeiten in Verbindung mit Deutschlernen scheinen sich zu bewähren und finden auch bei den Betroffenen guten Anklang.

So schwierig die Lösungen auf diesem Gebiet teilweise scheinen, so gute und interessante Ansätze zur Lösung gibt es. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung ist aber vor allem die schnelle und unbürokratische Klärung der finanziellen Absicherungen der Initiativen. Natürlich gab es noch viele andere Themen, die in der Veranstaltung aber auch in den Pausen oder am Abend in persönlichen Gesprächen behandelt wurden.

Es ist die einhellige Meinung der Teilnehmer, die Veranstaltung auf diesem hohen Niveau fortzuführen. Die nächste Beratung des Ausschusses ist für Juni in Lübeck geplant.

# dlh-Nachrichten II-2015

VON JÜRGEN HARTMANN

- Umsetzung der Regelungen für den Vorbereitungsdienst in Teilzeit
- Rückabwicklung des Landesschulamtes und Schaffung der neuen alten Strukturen
- ESF-Förderung Projekte PuSch A , PuSch B und PuSch Land
- Neues vom Bildungsgipfel
- Erlassentwurf „Suchtprävention in der Schule“
- Entwurf der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung von Lehrkräften

## Umsetzung der Regelungen für den Vorbereitungsdienst in Teilzeit

Der HPRL beschaffte sich Ende Januar im Rahmen der Mitbestimmung mit dem von der Dienststelle vorgelegten Erlassentwurf. Im Wesentlichen beschreibt der vorgelegte Entwurf die Möglichkeit der Teilzeitschäftigung im Vorbereitungsdienst, die auf zwei verschiedene Arten erfolgen kann. Dies sind die Halbbereitstellung, bei der die beiden Hauptsemester auf vier Semester aufgeteilt werden, und die Zweidrittelregelung, bei der die Hauptsemester auf drei Semester aufgeteilt sind. Eine Erweiterung der Teilbarkeit ist im Einführungssemester und im Prüfungssemester nicht vorgesehen. Im Rahmen der Erörterung wurden an die Dienststelle noch Fragen zum Zeitpunkt der Umsetzung und formale Fragen gestellt, da die nähere Ausgestaltung der pädagogischen Ausbildung durch Rechtsverordnung erfolgt. Eine weitere wichtige (formale) Frage war der Zeitpunkt der Antragstellung, da dieser im Regelfall drei Monate vor dem gewünschten Beginn im Studienseminar vorliegen sollte. Da die angehenden LiV dann aber schon vor Eintritt in den Vorbereitungsdienst und ohne genaue Kenntnis der Belastungssituation einen Antrag auf Teilzeit stellen müssen, konnte sich der HPRL mit der Dienststelle auf eine Verkürzung der Antragsfrist auf zwei Monate einigen. Der dlh meint, dass im Zuge der Modularisierung des Vorbereitungsdienstes eine entsprechende Regelung gleich hätte mit einhergehen können, zumal der Bedarf sich in ständigen Nachfragen der LiV artikuliert. Der HPRL und der dlh halten die zügige Einführung des Teilzeitvorbereitungsdienstes, wie er im Übrigen im 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz vorgesehen ist, für geboten und hoffen, mit diesem Erlass der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Stück näher gekommen zu sein.

In wieweit die weniger erwünschten Auswirkungen der Modularisierung sich insbesondere im Teilzeitmodell zeigen, bleibt abzuwarten.

## Rückabwicklung des Landesschulamtes und Schaffung der neuen alten Strukturen

Nach der Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtags, in dem die betreffenden Gesetzentwürfe der Fraktionen (CDU/B90 Die Grünen und der SPD) diskutiert wurden, kamen beide Entwürfe in die Lesungen des Landtags. Hier kam man nicht ganz so zügig voran wie ursprünglich gedacht, denn in 2. Lesung wurde der Vorschlag unterbreitet, doch einen gemeinsamen Entwurf einzubringen, da beide vorliegenden inhaltlich nicht weit auseinander lagen (u. a. Namensgebung). So wurde erst in 3. Lesung die Auflösung des Landesschulamtes entschieden. Gleichzeitig wurde der Erhalt der Staatlichen Schulämter als regionale „backup“-Systeme gesichert. Angesichts der knappen Zeit, die nun den Staatlichen Schulämtern bleibt, hofft der dlh, dass die alten Briefbögen und Türschilder noch in den jeweiligen Kellern lagern und möglichst wenige Ressourcen für die Umstellung aufgewendet werden.

## ESF-Förderung Projekte PuSch A , PuSch B und PuSch Land

Hier gab es im Vorfeld Irritationen, da Unterlagen dem HPRL trotz Zusage nicht zugänglich gemacht wurden. Die beiden ehemals geförderten Projekte (Förderperiode 2007 - 2013, 22,4 Mio. Euro) SchuB (Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb) und EIBE (Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt) sollten lückenlos in die neue Förderperiode (2014 - 2020) überführt werden. PuSch steht dabei für „Praxis und Schule“. Die Bereitstellung der Fördergelder soll nun über die Projekte PuSchA (A - für allgemeinbildend), PuSchB (B - für berufsbildend) und PuSch Land (Förderung des ländlichen Raumes) erfolgen. Mittlerweile ist die sog. „Roadshow“, auf der die Projekte vorgestellt werden, angelaufen und es wird für die Einreichungen von Anträgen der Schulen in den jeweiligen Projekten geworben. Insgesamt betragen die Mittel, wie in den dlh-Nachrichten I-2015 schon erwähnt, über 40 Mio. Euro. PuSch wurde für die Schulen im Amtsblatt 3/2015 ausgeschrieben, die Programm- und Budgetsteuerung erfolgt im HKM (Abteilung III.4 in Zusammenarbeit mit Abteilung III.A.2 und III.B.2). Der HPRL fragte in diesem Zusammenhang an, ob es eine Evaluation der Vorgängermaßnahmen (SchuB und EIBE) gegeben habe. Leider habe man von Seiten des HKM keine wissenschaftliche Evaluation; die Einschätzungen der Dienststelle, dass sich die Vorgängermaßnahmen bewährt haben, beruhe auf Rückmeldung der Beteiligten und den Durchführungsberichten der Hessen-Agentur. Weiter fragte der HPRL nach der Ausgestaltung des Landesprogramms für Flüchtlinge und in wieweit durch PuSch flankierende und unterstützende Maßnahmen angedacht seien. Erste Aussagen hierüber seien gegen Ende des ersten Quartals zu erwarten, da sich das Landesprogramm für Flüchtlinge zurzeit noch in der Entwicklung befinde. →

Interessant waren für den dlh die Antworten auf die Fragen des Ressourceneinsatzes und den Umfang der vom Land Hessen beigesteuerten Mittel. Diese seien mit den vom ESF finanzierten Mittel in der Höhe etwa gleich, die ESF-Mittel würden vollständig in die sozialpädagogische Betreuung fließen, und PuSch-Land sei so ausgestattet, dass man nicht hinter den heutigen Stand der Förderung zurückfalle.

Der dlh ist der Auffassung, dass diese Förderung (auch in seiner Neuauflage mit den Nachfolgeprogrammen von SchuB und EIBE) durch ESF und das Land sinnvoll eingesetzt ist und den entsprechenden Schülerinnen und Schülern zugutekommt, wenn auch bei der Erörterung im HPRLL viele Detailfragen anstanden (es war damals noch kein Ausschreibungstext vorhanden). Beachtenswert findet der dlh die Ausweitung der Mittel im Förderzeitraum unter Beibehaltung des in der letzten Periode Bewährten.

### Neues vom Bildungsgipfel

Mittlerweile ist der HPRLL als ordentliches Mitglied in den Bildungsgipfel aufgenommen worden. Es wurden somit vom Gremium pro Arbeitsgruppe im Bildungsgipfel Vertreter(innen) und Stellvertreter(innen) benannt.

Leider wurde der dlh über den Hauptpersonalrat nur in einer Stellvertretung, die der Arbeitsgruppe 5 (Lehrerbildung), beteiligt.

Inhaltlich hat der dlh in den Arbeitsgruppen mit seiner Beteiligung als Verband mit großem Erstaunen festgestellt, dass in der AG 1 nun doch, entgegen den Ankündigungen im Vorfeld des Gipfels, eine Schulstrukturdebatte geführt werden soll. Insbesondere in der AG 1 getroffene Aussagen wie „das Gymnasium müsse in Frage gestellt werden“ oder „das Gymnasium sei zu überwinden“ kann der dlh in keinsten Weise nachvollziehen und gehen nach seiner Ansicht völlig an jeglicher Realität vorbei. Das Gymnasium ist in der Elternschaft die beliebteste, anerkannteste, am meisten angewählte und bei Studien erfolgreichste Schulform unter den weiterführenden Schulen. Eine übergroße Mehrheit der Eltern möchte ihr Kind auf ein Gymnasium schicken. Der dlh meint, dass man diesen Sachverhalt nun endlich auch einmal zur Kenntnis nehmen müsse und diesen Willen der Elternschaft auch respektieren sollte. Nach Meinung des dlh würde dies am Besten geschehen durch Unterstützung und Förderung insbesondere der Gymnasien. In diesem Zusammenhang sei auf die Pressemitteilung des Hessischen Philologenverbandes „Zweifel an der Verlässlichkeit der Landesregierung“ verwiesen.

### Erlassentwurf „Suchtprävention in der Schule“

Bei diesem dem HPRLL vorgelegten Erlassentwurf waren auch die Verbände beteiligt. Im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens gab auch der dlh seine Stellungnahme ab. Einer der Hauptkritikpunkte des HPRLL und des dlh ist, dass die vorzusehenden Anrechnungstunden und damit die Ressourcen für Lehrkräfte, die an den Schulen mit dem Themenkomplex betraut werden, viel zu gering angelegt sind. Im Zuge erweiterter Erziehungsaufgaben, die an Schule herangetragen werden, bat der HPRLL darum zu prüfen, inwieweit hier zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können. Der dlh fragt sich, was Schule im Rahmen ihrer Tätigkeit mit den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern eigentlich noch alles leisten soll. Im vorgelegten Erlassentwurf gilt es, im Rahmen der Prävention alle Schülerinnen und Schüler zu einem suchtfreien Leben zu befähigen. Diesen hoch formulierten Ansprüchen steht allerdings die Realität an Schulen gegenüber, und ohne weitere Ressourcen in Form von Zeit wird sich an den Schulen kaum etwas zum Guten bewegen.

Ebenso nicht vergessen werden sollte im Erlass der Hinweis auf drogenähnliche Produkte, die derzeit noch nicht unter das Betäubungsmittelgesetz fallen. In diesem Zusammenhang verwies der dlh in seiner Stellungnahme auf die des Bundeselternrates und des Deutschen Philologenverbandes.

### Entwurf der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung von Lehrkräften

Im Rahmen des Erörterungsverfahrens ist dem HPRLL ein erster Entwurf übersendet worden. Dieser zeigte sich schnell als zu kleinschrittig, so dass von Seiten der Dienststelle selbst der Vorschlag kam, den vorliegenden Entwurf zu wenigen zentralen Punkten zusammenzufassen und das ganze Konzept nochmals zu überdenken. Generell spricht sich der dlh gegen eine Regelbeurteilung aus, bei Anlassbeurteilungen wird vom dlh, wie auch von der Dienststelle, für sinnvoll erachtet, dass mit diesen Richtlinien eine landesweite Standardisierung erfolgt, und die Staatlichen Schulämter den Schulen nicht mehr 15 verschiedene, individuelle Vorgaben machen.

Der dlh bezweifelt, dass der erste Entwurf aufgrund der vielen Einzelbewertungspunkte weder für die zu Beurteilenden noch für die Beurteiler selbst in dieser Form umsetzbar ist. Dies würde letztendlich zu einer gewissen Pseudoobjektivität führen.

Grundsätzlich sind der HPRLL und der dlh der Auffassung, dass diese Richtlinie nicht für die Verbeamtung auf Lebenszeit herangezogen werden darf, da hier nur die Entscheidung gefällt werden muss, ob die Person perspektivisch im Schuldienst bestehen kann.



# Die Vertreter des glb

## glb-Geschäftsstelle

Lothringer Straße 3 - 5, 63450 Hanau  
Tel.: (06181) 25 22 78  
Fax: (06181) 25 22 87  
E-Mail: GLB.Hessen@t-online.de  
Internet: www.glb-hessen.de

### Geschäftsstellenleiterin:

Renate Wolmer

### Redaktion Impulse:

Theresa Rohde

Bürozeiten während der Schulzeit:

Montag bis Donnerstag: von 8.00 bis  
13.00 Uhr sowie von 14.00 bis 17.00 Uhr

Während der Hessischen Schulferien ist  
die Geschäftsstelle nicht besetzt.

Bitte wenden Sie sich während der Schul-  
ferien in dringenden Angelegenheiten  
direkt an den zuständigen Ansprechpart-  
ner im Landesvorstand.

## glb-Landesvorstand Geschäftsführender Vorstand

Regionalvertreter Darmstadt  
Hans Georg Walka

Regionalvertreter Gießen:  
Thomas Kramer

Regionalvertreter Kassel:  
Bertram Böhser

## Vorstand

Frauenbeauftragte:  
Sandra Redling

Beisitzerin für Grundsatzfragen:  
Beatrix Schulz

Beisitzerin für Lehreraus-, -fort und  
-weiterbildung:  
Heidi Hagelüken

Beisitzer für Lehrer/-innen im  
Vorbereitungsdienst:  
Ferdinand Meier

Beisitzer für Recht und Besoldung  
Wenzel Preis

Beisitzerin für Ruhestandsfragen:  
Barbara Schätz

Schatzmeister:  
Alexander Neuhoff

Beisitzerin für VKR:  
Beate Denfeld

## Kooptierte Mitglieder

Ansprechpartner für den Landwirtschaft-  
lichen Fachbereich:  
Dr. Hans-Albert Lotze

## glb-Mitglieder in den Personalräten

Gesamtpersonalräte der Lehrerinnen und  
Lehrer in den staatlichen Schulämtern:

### Region Darmstadt

Bergstraße/Odenwald:  
Hans Sperrl  
Brigitte Drehmann-Westermann

Darmstadt/Darmstadt-Dieburg:  
Karin Amend-Raab

Frankfurt:  
Ursula Bonerz

Gewerkschaftsbeauftragter:  
Friedhold Hefke

Groß-Gerau/Main-Taunus:  
Bettina Wenig  
Stephan Kubiczek

Hochtaunus/Wetterau:  
Martin Beck

Main-Kinzig:  
Hans Georg Walka

Offenbach:  
Ingrid Spahn

### Region Gießen

Gießen/Vogelsberg:  
Sybille Hutterer

Lahn-Dill/Limburg-Weilburg:  
Gewerkschaftsbeauftragter und  
Nachrücker:  
Alexander Neuhoff

Marburg-Biedenkopf:  
Olaf Menn

Angestelltenvertreter:  
Michael Blöcher-Ortmüller

### Region Kassel

Fulda:  
Thomas Beer

Hersfeld-Rotenburg/Werra-Meißner:  
Dr. Claus Wenzel

Kassel:  
Yvonne Gerstenberger

Gewerkschaftsbeauftragter und  
Nachrücker:  
Bertram Böhser

Schwalm-Eder/Waldeck-Frankenberg:  
Markus Ebel

# Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen

Lothringer Str. 3-5 • 63450 Hanau • Tel.: (0 61 81) 25 22 78 • Fax: (0 61 81) 25 22 87

E-Mail: [glb.hessen@t-online.de](mailto:glb.hessen@t-online.de) • Internet: [www.glb-hessen.de](http://www.glb-hessen.de)

August 2015	September 2015	Oktober 2015	November 2015	Dezember 2015	Januar 2016
1 Sa	1 Di	1 Do	1 So	1 Di	1 Fr Neujahr
2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo 45	2 Mi	2 Sa
3 Mo 32	3 Do	3 Sa Tag der deutschen Einheit	3 Di	3 Do	3 So
4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo 1
5 Mi	5 Sa	5 Mo 41	5 Do	5 Sa	5 Di
6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi
7 Fr	7 Mo Unterrichtsbeginn 37	7 Mi	7 Sa	7 Mo 50	7 Do
8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr
9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo 46	9 Mi	9 Sa
10 Mo 33	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So
11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo 2
12 Mi	12 Sa	12 Mo 42	12 Do	12 Sa	12 Di
13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi
14 Fr	14 Mo 38	14 Mi	14 Sa	14 Mo 51	14 Do
15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr
16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo 47	16 Mi	16 Sa
17 Mo 34	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So
18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo 3
19 Mi	19 Sa	19 Mo Herbstferien 43	19 Do	19 Sa	19 Di
20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi
21 Fr	21 Mo 39	21 Mi	21 Sa	21 Mo 52	21 Do
22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr
23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo 48	23 Mi Weihnachtsferien	23 Sa
24 Mo 35	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do Heiligabend	24 So
25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr 1. Weihnachtstag	25 Mo 4
26 Mi	26 Sa	26 Mo 44	26 Do	26 Sa 2. Weihnachtstag	26 Di
27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi
28 Fr	28 Mo 40	28 Mi	28 Sa	28 Mo 53	28 Do
29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr
30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo 49	30 Mi	30 Sa
31 Mo 36		31 Sa		31 Do	31 So



Februar 2016	März 2016	April 2016	Mai 2016	Juni 2016	Juli 2016
1 Mo 5	1 Di	1 Fr	1 So 1. Mai	1 Mi	1 Fr
2 Di	2 Mi	2 Sa	2 Mo 18	2 Do	2 Sa
3 Mi	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr	3 So
4 Do	4 Fr	4 Mo 14	4 Mi	4 Sa	4 Mo 27
5 Fr	5 Sa	5 Di	5 Do Christi Himmelfahrt	5 So	5 Di
6 Sa	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo 23	6 Mi
7 So	7 Mo 10	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Do
8 Mo 6	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Fr
9 Di	9 Mi	9 Sa	9 Mo 19	9 Do	9 Sa
10 Mi	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 So
11 Do	11 Fr	11 Mo 15	11 Mi	11 Sa	11 Mo 28
12 Fr	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Di
13 Sa	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo 24	13 Mi
14 So	14 Mo 11	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Do
15 Mo 7	15 Di	15 Fr	15 So Pfingstsonntag	15 Mi	15 Fr
16 Di	16 Mi	16 Sa	16 Mo Pfingstmontag 20	16 Do	16 Sa
17 Mi	17 Do	17 So	17 Di	17 Fr	17 So
18 Do	18 Fr	18 Mo 16	18 Mi	18 Sa	18 Mo Sommerferien 29
19 Fr	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So	19 Di
20 Sa	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo 25	20 Mi
21 So	21 Mo 12	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Do
22 Mo 8	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi	22 Fr
23 Di	23 Mi	23 Sa	23 Mo 21	23 Do	23 Sa
24 Mi	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 So
25 Do	25 Fr Karfreitag	25 Mo 17	25 Mi	25 Sa	25 Mo 30
26 Fr	26 Sa	26 Di	26 Do Fronleichnam	26 So	26 Di
27 Sa	27 So Ostersonntag	27 Mi	27 Fr	27 Mo 26	27 Mi
28 So	28 Mo Ostermontag 13	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Do
29 Mo 9	29 Di Osterferien	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Fr
	30 Mi	30 Sa	30 Mo 22	30 Do	30 Sa
	31 Do		31 Di		31 So

## Kreisvorsitzende

### Vorsitzende der Kreisverbände in der Region Darmstadt

**Bergstraße:**  
Hans Sperl

**Darmstadt/Darmstadt-Dieburg:**  
Karin Amend-Raab

**Frankfurt:**  
Friedhold Hefke

**Groß-Gerau/Main-Taunus:**  
Andreas Tilsner

**Hochtaunus:**  
Stefan Speckhardt

**Main-Kinzig:**  
Hans Georg Walka

**Odenwald:**  
Sönke Bewersdorff

**Offenbach:**  
Hilde Freisen (komm.)

**Wiesbaden:**  
Lutz Volbracht (stv.)

### Vorsitzende der Kreisverbände in der Region Gießen

**Gießen:**  
Sybille Hutterer

**Lahn-Dill:**  
Karsten Hees

**Limburg-Weilburg:**  
Theresa Rohde

**Marburg-Biedenkopf:**  
Olaf Menn

**Vogelsberg:**  
Holger Arnold

### Vorsitzende der Kreisverbände in der Region Kassel

**Fulda:**  
Thomas Beer

**Hersfeld-Rotenburg:**  
Dieter Rössler

**Kassel:**  
Bertram Böhser

**Schwalm-Eder:**  
Horst Gerbig

**Waldeck-Frankenberg:**  
Markus Ebel

**Werra-Meißner:**  
Klaus Heuckeroth

**Schwalm-Eder/Waldeck-Frankenberg:**  
Markus Ebel



## In eigener Sache

### Versand der Impulse als PDF

Auf vielfache Nachfrage ist es nun möglich, die Impulse zukünftig als PDF zu erhalten. Bitte mailen Sie uns dazu folgende Angaben an die Geschäftsstelle unter: [glb-hessen@t-online.de](mailto:glb-hessen@t-online.de)

Name ..... Wohnort .....

Vorname ..... Postleitzahl .....

Straße .....

.....

Sollten Ihre Adressdaten unvollständig oder nicht korrekt sein, bitten wir um Korrektur oder Ergänzung

Ich möchte zukünftig die Impulse als PDF via E-Mail erhalten.

Bitte senden Sie mir diese an folgende E-Mail-Adresse: .....

# dlh-Nachrichten III-2015

VON JÜRGEN HARTMANN

- Neues vom Bildungsgipfel
- Hessische Lehrkräfteakademie
- Erlass Mutterschutz
- Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte

Noch Anfang Mai hörte man vom Bildungsgipfel wenig Neues, außer dass die Möglichkeit für alle Gruppen gegeben war, ihre Standpunkte darzulegen. Einige Arbeitsgruppen hatten dem Gipfel Papiere vorgelegt, die den entsprechenden Minimalkonsens verdeutlichten, der selbstverständlich für die nächsten zehn Jahre festgeschrieben werden könnte. Es deutete sich an, dass dieser Minimalkonsens allerdings etwas wenig (für die Schulen) in Anbetracht des Aufwandes sei. Nun kam just Mitte Mai ein Vorschlag der Landesschülervertretung ins Gespräch und die Regierungskoalition signalisierte ihre Kompromissbereitschaft. Wie genau das neue Schulmodell, das die Hauptschulen (aber nicht die Hauptschüler) abschafft und alle anderen existierenden Schulformen außer den Grundschulen und Gymnasien zu einer Art integrierten Gemeinschaftsschule zusammenfasst, damit „Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 6 länger gemeinsam lernen können“, aussehen soll „müsse im Detail noch weiter beraten werden“. Auch an dieser Stelle wird für den dlh deutlich, dass sich die Regierungskoalition vom begabungsgerechten, mehrgliedrigen Schulsystem abwendet und damit eine Nivellierung der Abschlüsse befördert. Auch der geforderten stärkeren Binnendifferenzierung, die dann wohl an diesen neuen Schulen Einzug halten wird, kann der dlh bei der Größe der einzelnen Klassen nur entschieden widersprechen. Schon jetzt arbeiten Lehrerinnen und Lehrer an ihrer Leistungsgrenze.

In allen AGs wird früher oder später die Frage nach den Ressourcen für die zusätzlich zu leistenden Aufgaben (die in den Papieren sehr deutlich zutage treten) gestellt werden. Der HPRLL hat in seinen Diskussionen das Thema der Ressourcen selbstverständlich auch im Blick. Da man bis jetzt auf dem Bildungsgipfel „stärker konkrete Vorschläge“ vermisste, unterbreitet der dlh einen konkreten Vorschlag zu den Ressourcen: 1 - 2 Milliarden Euro mehr im Einzelplan 04 (Kultusministerium) dürften es schon sein. In Anbetracht der Summe des Gesamthaushaltes von 33 Milliarden Euro müsste eine Umschichtung von ca. 5 % in die Bildung

doch zum Wohle unserer Kinder und der zukünftigen Generationen möglich sein. In Anbetracht der momentan kräftig sprudelnden Steuereinnahmen kann auch die Schuldenbremse ohne tiefere Einschnitte bei anderen Ressorts eingehalten werden.

Sollte das Signal der dringend benötigten zusätzlichen Ressourcen für den Bildungsbereich vom Bildungsgipfel ausgehen und man, darauf folgend, in politisch verantwortlicher Art und Weise handelnd, dieses Signal aufgreifen und umsetzen, könnte der Bildungsgipfel aus Sicht des dlh doch noch zu einer Erfolgsgeschichte werden.

## Hessische Lehrkräfteakademie

Hier hatte der HPRLL Klärungsbedarf zu seinen Beteiligungsrechten, da er auch seinerzeit bei Gründung des Landesschulamtes beteiligt wurde. Es ging konkret um die Geschäftsordnung, die in der Hessischen Lehrkräfteakademie in Kraft gesetzt wurde. Dies geschah zwar unter der Beteiligung des Personalrats in der Lehrkräfteakademie, da aber die Ausbilderinnen und Ausbilder aus personalvertretungsrechtlicher Sicht den Status „Lehrkräfte“ haben und damit auch der Personalvertretung der Lehrerinnen und Lehrer unterliegen, wurde dieser Sachverhalt vom HPRLL hinterfragt. Weiterhin ergaben sich einige Nachfragen bezüglich der Rechtsnachfolge und der damit verbundenen Anordnungen und Erlasse. Das HKM erklärte daraufhin, dass die Rahmenbedingungen mit der Rechtsnachfolge weiter gelten und ggf. Änderungen in eine Verordnung im Jahr 2017 einfließen würden. Der dlh meint, dass alle Personen in der Lehrkräfteakademie mit Status „Lehrkräfte“ selbstverständlich der personalrechtlichen Vertretung des HPRLL unterliegen. Wichtig ist bei Veränderungen von ganzen (Mammut-)Behörden, dass jedem die neuen Zuständigkeiten klar werden. Innerhalb der neuen Lehrkräfteakademie ist dies durch ein Organigramm und eine Geschäftsordnung geschehen, aus personalvertretungsrechtlicher Sicht ist dies nach der Erörterung auch klar.

## Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte

Anscheinend steht die Dienststelle unter enormem zeitlichem Druck zur Umsetzung der geplanten Richtlinie. Zwischenzeitlich wurde die Zustimmungsaufforderung an den HPRLL gestellt. Der dlh meint, ob besagte

Richtlinie für die Lehrkräfte jetzt zum 1.8.2015 oder zum 1.1.2016 in Kraft gesetzt wird, ist in Anbetracht der Zeitspanne, die die jetzigen Beurteilungsformen in den verschiedenen staatlichen Schulämtern Anwendung finden, vernachlässigbar. Der dlh ist der Auffassung, dass es besser ist, den Beurteilern eine gut durchdachte und vor allen Dingen handhabbare Richtlinie an die Hand zu geben, als jetzt unter selbst gesetztem Zeitdruck einen „Schnellschuss“ zu fabrizieren. Insbesondere, da sich in der Erörterung zeigte, dass außerordentlich viele Punkte und Anmerkungen von Seiten des HPRLL dem Papier zuzufügen waren. In den wesentlichen Kritikpunkten (wie in den dlh-Nachrichten II-2015 beschrieben: viele differenziert zu bewertende Einzelbewertungspunkte und Anwendung bei Zwischenbeurteilung und bei Verbeamtung auf Lebenszeit) ist dem HPRLL nicht entgegengekommen worden. In dieser Angelegenheit ging der HPRLL wie der dlh immer davon aus, dass die Richtlinien nur für Beamte gelten sollen. Dies scheint, wie den Ausführungen der Dienststelle zu entnehmen war, nicht der Fall zu sein.

## Erlass Mutterschutz

Zum vorliegenden Erlassentwurf wurde die Dienststelle befragt. Im HPRLL sah man diesen Entwurf als unproblematisch an, nur bei den Regelungen für Teilzeitkräfte fehlte es an der bei Vollzeitkräften festgelegten Höchstgrenze der möglichen Arbeitszeit. Da Teilzeitkräfte auch auf einen Teil ihres Einkommens verzichten, könne die Teilzeitarbeit aus Sicht des HPRLL nicht zu deren Nachteil ausgelegt werden. Aus Gleichbehandlungsgründen sollte daher beiden Gruppen die gleiche Reduktion der Arbeitszeit gewährt werden. Analog zur Integrationsvereinbarung sollte auch eine neue Formulierung angepasst auf Schulbedingungen bzgl. des Vertretungsunterrichts aufgenommen werden. Dies wurde von Seiten der Dienststelle überdacht, bis dann per Ministerentscheid Mitte März die seitherige Formulierung beibehalten wurde. Dies bedauert der HPRLL. Auch der dlh kann diese Entscheidung nur bedauern, weil wohl wieder einmal Ressourcengründe maßgeblich für die Entscheidung herangezogen wurden.

**D**em dbb Hessen liegt aktuell kein neuer Entwurf der Hessischen Beihilfenverordnung vor. Zunächst wurde die Ermächtigungsgrundlage für einen „Wahlleistungs-Eigenbeitrag“ im Hessischen Beamtengesetz (HBG) für ein solches Modell geschaffen.

„Wahlleistungs-Eigenbeitrag“ ein weiteres Anrecht auf diese (Wahl-)Leistungen erwerben. Im Beihilfenrecht des Landes Rheinland-Pfalz und auch im Land Baden-Württemberg existiert bereits eine solche Regelung.

*Sachstand*

## „Hessische Beihilfenverordnung“

### Im Detail:

Im Rahmen des Entwurfs einer 13. Verordnung zur Änderung der Hessischen Beihilfenverordnung von Mitte Dezember 2014 wurde der Wegfall der Wahlleistungen im Beihilfenrecht (Chefarztbehandlung und Zweibettzimmer) forciert. Seitens des dbb Hessen wurde zum Wegfall dieser Wahlleistungen Stellung bezogen. Der dbb Hessen lehnte und lehnt den Wegfall der Wahlleistungen (Chefarztbehandlung und Zweibettzimmer) kategorisch ab.

Die Hessische Landesregierung kündigte im März 2015 an, die Hessische Beihilfenverordnung für die Beamtinnen und Beamten um ein Modell der „Wahlleistungs-Eigenbeiträge“ zu ergänzen.

Im Rahmen eines solchen Modells würden Wahlleistungen für die Beamtinnen und Beamten zwar gestrichen, jedoch können diese über einen sogenannten

Um eine solche Regelung in der Hessischen Beihilfenverordnung abbilden zu können, bedarf es jedoch einer gesetzlichen Ermächtigung (Ermächtigungsgrundlage) im Hessischen Beamtengesetz. Diese sogenannte Ermächtigungsgrundlage wurde im Hessischen Beamtengesetz geschaffen. Sie wurde am 27. März 2015 vom Hessischen Landtag beschlossen.

Damit wird die Landesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Regelungen zu treffen, insbesondere über die Gewährung von Beihilfen und des Umfangs der beihilfefähigen Aufwendungen. Ferner über die Selbstbeteiligungen und Eigenanteile, die Gewährung von Beihilfen für Wahlleistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung gegen Zahlung eines monatlichen Beitrags und einer zusätzlichen Eigenbeteiligung bei der Wahlleistung.

Somit wurde die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass Beihilfeberechtigte gegen Zahlung eines monatlichen Beitrags („Wahlleistungs-Eigenbeitrag“) auch künftig Wahlleistungen (Chefarztbehandlung und Zweibettzimmer) im Rahmen der Beihilfe erhalten können.

Quelle: dbb Hessen

*Der DLH im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (GPRLL) beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt informiert:*

## Keine Kostenübernahme des Dienstherrn bei Rechtsstreitigkeiten durch Klassenfahrten – Lehrkraft muss Anspruch privatrechtlich geltend machen

VON KARIN AMEND-RAAB



**A**uf unsere Anfrage in einer gemeinsamen Sitzung mit der Behörde Ende März 2015 „Wie sind Lehrkräfte, die eine ordentliche Organisation einer Schulfahrt nachweislich erbracht haben, gegenüber Regressforderungen der Veranstalter bei ausbleibenden Zahlungen der Elternschaft finanziell und rechtlich abgesichert?“ erhielten wir folgende Rechtsauskunft:

„Als rechtliche Grundlage gilt der Erlass Schulwanderungen und Schulfahrten vom 07.12.2009 (ABl. 1/10,

S. 24 ff.).

III.1. des Erlasses enthält folgende Regelung: Die für die Schulfahrten erforderlichen Verträge mit den Beförderungs- und Beherbergungsunternehmen schließen die Lehrkräfte im Namen der Eltern der Schülerinnen und Schüler oder im Namen der volljährigen Schülerinnen und Schüler ab.

In der schulischen Praxis werden die Erziehungsberechtigten im Regelfall zunächst zu einer verbindlichen Anmeldung ihres Kindes zur Teilnahme an der geplanten

ten Klassenfahrt sowie zur Abgabe einer schriftlichen Einverständniserklärung in Bezug auf die Übernahme der anfallenden Kosten aufgefordert. Sind diese Erklärungen wirksam abgegeben worden, ist die organisierende Lehrkraft durch diese bevollmächtigt und demgemäß berechtigt, Vertragsverpflichtungen mit Dritten (Beherbergungs- und Beförderungsunternehmen, etc.) (im Namen der Eltern) einzugehen (vgl. III.2 des Erlasses).

Das Vertragsverhältnis, das bei der Organisation der Schülerfahrt sodann zwischen den Erziehungsberechtigten und der jeweiligen Lehrkraft begründet wird, ist als zivilrechtliches Schuldverhältnis zu beurteilen (BGH, Urteil v. 23.11.1989, VII ZR 60/89): Durch die verbindliche Anmeldung ihres Kindes nehmen die Eltern der jeweiligen Schülerin/des jeweiligen Schülers den angebotenen Geschäftsordnungsauftrag der Lehrkraft vertraglich an. Sie erklären sich damit einverstanden, dass die Lehrkraft die notwendigen Maßnahmen (wie Buchung von Hotel u. ä.) vornimmt. Mit den in Erfüllung des Geschäftsbesorgungsvertrages getätigten Buchungen entsteht die Zahlungspflicht der Erziehungsberechtigten.

Obwohl ein längerfristiges/langfristiges Ansparen für

Schulfahrten empfohlen wird (vgl. VI. des Erlasses), um die Zahlungsfähigkeit der Eltern sicherzustellen, kommt es dennoch immer öfter vor, dass Eltern die erforderlichen Zahlungen zu spät oder gar nicht leisten. Ist also die organisierende Lehrkraft in Vorleistung gegenüber dem jeweiligen Unternehmen getreten (was der Regelfall sein dürfte), hat die Lehrkraft gegen die Eltern einen Kostenerstattungsanspruch, den sie im Weg einer allgemeinen Leistungsklage vor den Zivilgerichten (ggf. nach Anstrengung eines vorherigen Mahnbescheid Verfahrens) geltend machen kann (vgl. VG Regensburg, Urt. V. 17.09.2014, Az.: RO 1 K 14.709).

Da es sich in Fällen der vorliegenden Art ausschließlich um einen privaten Anspruch handelt und es ausweislich der Erlasslage an dem staatlichen Willen zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen vertraglichen Vereinbarung für das Land Hessen durch die organisierende Lehrkraft fehlt, ist zu beachten, dass das Staatliche Schulamt – entgegen häufiger Annahmen – nicht für die Eintreibung der ausstehenden Kosten zuständig ist. Dies schließt eine beratende Unterstützung in solchen Fällen jedoch selbstverständlich nicht aus.“

Soweit die Auskunft der Juristin. ←

1. Seniorenpolitische Fachtagung:

## Mobilität ist (k)eine Altersfrage?



Am 11. Dezember 2014 hat im dbb forum berlin die 1. Seniorenpolitische Fachtagung der dbb bundesseniorenvertretung stattgefunden. Unter dem Motto „Mobilität ist (k)eine Altersfrage?“ referierten und diskutierten Verkehrsexperten über die Teilhabe älterer Menschen am Straßenverkehr. Ein von den Medien immer wieder transportiertes (Vor-)Urteil konnte ausgeräumt werden: Ältere Verkehrsteilnehmer

sind nicht per se Unfallverursacher.

In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, vor den über 100 Teilnehmern der Veranstaltung darauf hin, dass die aktive Teilnahme älterer Menschen am Straßenverkehr immer dann öffentlich infrage gestellt werde, wenn ein Unfall, bei dem Personen zu Schaden gekommen sind, von einer Seniorin oder einem Senior verursacht wurde. „Doch die Formel, je älter, desto untauglicher für den Straßenverkehr, geht nicht auf“, sagte Speck. Die Tagung verfolge deshalb nicht das Ziel, Lösungen zu finden, die es im Zweifel gar nicht gibt, sondern werde das Thema aus verschiedenen Perspektiven betrachten. „Wir brauchen eine differenzierte Betrachtungsweise ohne Zorn und Eifer, um zur Versachlichung der Debatte beizutragen“, erklärte Speck. Nach einem Grußwort des Zweiten dbb Vorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik, Willi Russ, beleuchtete Prof. Dr. Dieter Müller, Institut für Verkehrsrecht und Verkehrsverhalten Bautzen, die Teilnahme von Senioren am Straßenverkehr aus der Sicht der Polizei. 2008 seien 90 877, im Jahr 2014 bereits 188 689 Pkw-Fahrer im zentralen Verkehrsregister gespeichert, die über 65 Jahre alt sind. Den Erkenntnissen der Polizei zufolge bieten für diese Altersgruppe Fahrten bei Dunkelheit oder Nebel sowie komplexe Verkehrssituationen (Baustellen oder erhöhter Innenstadtverkehr) das höchste Gefahrenpotenzial. Die riskanteste Zeit für Senioren, in Unfälle verwickelt zu werden, liege zwischen zehn und zwölf Uhr. Das höchste Unfallrisiko für Senioren ergebe sich beim Radfahren. →



Willi Russ

## Die Gefahrengruppe Senioren gibt es nicht

Viele Unfälle ließen sich vermeiden, wenn Senioren diese Fakten berücksichtigen und ihr Fahrverhalten entsprechend anpassen würden. Dazu müsse mehr Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet werden, was seitens der Polizei allein nicht geleistet werden könne. „Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, erklärte Müller, der zugleich betonte: „Es gibt die Per-se-Gefahrengruppe Senioren im Straßenverkehr nicht.“ Nichtsdestotrotz sei allen Senioren - aber auch unsicheren jüngeren oder wenig fahrenden Straßenverkehrsteilnehmern - ein Fahrsicherheitstraining zu empfehlen.

Prof. Dr. Georg Rudinger, Sprecher des Zentrums für Alterskulturen (ZAK) der Universität Bonn, bestätigte in seinem Vortrag über die Entwicklung der Mobilitätsbedürfnisse die Angaben Müllers hinsichtlich der wachsenden Zahl älterer Verkehrsteilnehmer: „Heute besitzen Dreiviertel der 65-Jährigen einen Führerschein, 2030 werden es 95 Prozent sein.“ Auch die Pkw-Verfügbarkeit und der Pkw-Besitz würden in den kommenden 15 Jahren erheblich ansteigen und einhergehen mit dem Mobilitätsbedürfnis der Generation 65 plus.

### Untersuchungen sind diskriminierend ...

Der Trend zeige, dass alle Älteren häufigere und weitere Fahrten unternähmen. Dabei stehe die Pkw-Nutzung an erster Stelle, gefolgt von ÖPNV, Fahrrad und Wegen zu Fuß. Rudinger zeigte sich überzeugt, dass der motorisierte Individualverkehr unerlässlich bleibe und weiter zunehmen werde. Um die wachsende Zahl älterer Verkehrsteilnehmer zu integrieren, empfahl er insbesondere die Nutzung der Technikentwicklung (zum Beispiel Bremsassistentensysteme), alternative Verkehrsmittel (zum Beispiel E-Bikes) sowie die realistische Einschätzung der eigenen Fahrtüchtigkeit. Eine klare Absage erteilte Rudinger in diesem Zusammenhang einer Zwangsüberprüfung der Fahrtüchtigkeit, die sich statistisch nicht begründen lasse: „Generalpräventive Untersuchungen haben keinen Nutzen. Sie sind (alters)diskriminierend.“ Notwendig sei vielmehr ein kultureller Wandel in der Verkehrs- und Mobilitätsplanung, in den verstärkt „Konzepte von unten“ einbezogen würden. Betroffene müssten beteiligt werden, wie es bereits im 6. Altenbericht der Bundesregierung von 2010 gefordert werde. Im dritten Fachvortrag beschäftigte sich Prof. Dr. Klaus O. Rompe, Vorsitzender des Technischen Beirats der Fahrzeugsystemdaten GmbH Dresden, mit der Frage, wie Fahrassistentensysteme für Senioren dazu beitragen können, die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Da Senioren überwiegend innerorts mobil seien, müssten die genutzten Systeme dort besonders effektiv wirken. Rompe, erläuterte, dass vor allem Abstands-, Querführungs-, Spurwechsel-, Spurhalte- und Kreuzungsassistenten ebenso wie Notbremssysteme ein hohes Unfallvermeidungspotenzial aufweisen würden.

Alle Neufahrzeuge sollten mit solchen lebensrettenden Systemen ausgerüstet werden, doch die Etablierung einer Neuerung in den serienmäßigen Fahrzeugbau dauere etwa 15 Jahre. Politisch müsse darauf hingearbeitet werden, diesen Zeitraum zu verkürzen. Auch tue Aufklärung not, da viele Senioren gar nicht wüssten, welche technischen Hilfsmittel in welchen Fahrzeugen bereits vorhanden sind.

In der abschließenden Podiumsdiskussion, an der neben den drei Referenten auch Endro Schuster, Referent für Verkehrsangelegenheiten im Brandenburger Innenministerium, teilnahm, herrschte Einigkeit unter den Experten, dass Senioren im Straßenverkehr nicht besonders auffällig seien. Die Fakten seien völlig anders als das öffentliche Bild. „Jede Verallgemeinerung ist unangebracht“, bekräftigte Rudinger. Die Medien würden über Unfälle, an denen Senioren beteiligt waren, häufig tendenziös und verzerrt berichten. Es werde eine öffentliche Meinung „gemacht“, die sich an den Polizeiberichten in keiner Weise festmachen lasse.

### ... und bringen nichts

Senioren müssten nicht ausgesondert, sondern befähigt werden, die modernen technischen Möglichkeiten ebenso zu nutzen wie Beratungs-, Weiterbildungs- und Untersuchungsangebote für Gesundheit und Fahrtüchtigkeit. Allerdings, so Schuster, auf freiwilliger Basis, denn „zwangsweise vorgeschriebene Untersuchungen bringen nichts“.

Von Moderatorin Petra Schwarz nach den Erfordernissen der Zukunft befragt, forderten die Experten mehr Investitionen in die Verkehrssicherheit und mehr Planstellen für die Polizei (Schuster), objektivere Berichterstattung in den Medien (Rudinger), mehr Informationsmöglichkeiten (Müller) und die Weckung des Problembewusstseins beim Einzelnen (Rompe). dbb Seniorenchef Wolfgang Speck hatte eingangs eine „Kleine Anfrage“ der Grünen zitiert, die Auskunft darüber haben wollten, ob vorgesehen sei, Gesundheitsprüfungen für ältere Autofahrer einzuführen, und ob wissenschaftliche Erkenntnisse darüber vorlägen, dass Senioren besonders häufig Unfallverursacher seien. Beide Fragen beantwortete die Bundesregierung mit einem klaren Nein! Eine Auskunft, die der Forderung des dbb Seniorenvorsitzenden Wolfgang Speck an die Versicherungsunternehmen zusätzliches Gewicht verleiht, von Aufschlägen auf die Kfz-Versicherung allein aufgrund des Alters der Versicherungsnehmer Abstand zu nehmen. „Wer 50 Jahre und länger unfallfrei im Straßenverkehr unterwegs gewesen ist, kann nicht nur deshalb als potenzieller Unfallverursacher mit höheren Prämien bestraft werden, weil er zu den Seniorinnen oder Senioren in unserer Gesellschaft zählt“, hatte Speck kritisiert. Die Ergebnisse der ersten seniorenpolitischen Fachtagung haben zusätzlich deutlich gemacht, dass (auch) in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. ←

#### Quellennachweis:

AiR – Aktiv im Ruhestand, Ausgabe: Januar/Februar 2015. (S. 8-9)

Autor: Dr. Walter Schmitz

Fotos: Jan Brenner

**W**ie in den vergangenen sieben Jahren fand auch dieses Mal, zu dem o. g. Termin, die fast schon obligatorische Gesamtkonferenz der Pensionäre, primär der beiden Nachbarschulen PBS, EKS und Gästen, im schicken Lehrrestaurant der PBS „Das Behrens“ statt.

*Pensionärstreffen an der Peter-Behrens-Schule*

## „7. jährliche Gesamtkonferenz der Verflrossenen“ am 13.11.2014

VON DIETER COERPER



Der Initiator war, wie immer, der ehemalige „Hausherr“, Herr OStD i. R. Richard Gleichauf, getreu dem Motto, „Mir lääwe als noch“, mit den Themen: „Stillacher Elegien“ (Erinnerungen an eine Heilkur) und „Karl Friedrich erzählt wieder“.

Er begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und im Besonderen den ältesten Kollegen, der als damaliger Schulaufsichtsbeamter beim Regierungspräsidium in Darmstadt Herr über ca. 40.000 hessische Lehrerinnen und Lehrer war, Herrn LSD i. R. Karl Friedrich sowie den langjährigen Vorsitzenden des BLBS Herrn OStD i. R. Peter Grothe. Danach bedankte er sich beim amtierenden Schulleiter, Herrn OStD Karl-Heinz Reeg für die Gastfreundschaft sowie bei einigen ehemaligen „Funktionären“ des Kreisverbandes DA, DA-DI für ihre geleisteten Arbeiten. Weiterhin bedankte sich Richard Gleichauf bei den agierenden Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs Ernährung und den ausgesprochen freundlichen jungen Damen der Berufsfachschule, die uns mit Kaffee und Kuchen und anschließend mit einem Gläschen Wein kulinarisch verwöhnten.

Nach der Begrüßung übergab Herr Gleichauf das Wort an den Hausherrn, der seinerseits auch alle Anwesenden begrüßte und herzlich willkommen hieß.

### Das Stillachhaus!

Richard Gleichauf eröffnete seine Ausführungen zunächst mit einem Zitat aus dem „Metzelsuppenlied“ (Wurstsuppenlied) von Ludwig Uhland:

„Wir haben heut nach altem Brauch  
ein Schweinchen abgeschlachtet .

Das ist ein jüdisch heikler Gauch,  
der so ein Fleisch verachtet.

Wenn so ein Fleischchen, weiß und mild  
im Kraute liegt: Das ist ein Bild

wie Venus in den Rosen“.

„Was jetzt kimmt, is awwer vum Gleichauf“!

Er hat seinen Vortrag in dreizehn Opus-Nummern gegliedert, die fast ausschließlich, wie schon gesagt, in Elegien (Gedichte in zweiteiligen Versen) wiedergegeben wurden. In Opus 1 beschrieb er dezidiert, wie abrupt die schönen Zeiten vor der Kur im „Stillachhaus“ in Oberstdorf (uneingeschränkter Verzehr aller guten Dinge, fettes Fleisch, Alkohol, Nikotin etc.) zu Ende waren. Trauer und kaum zu verstehen, denn „ewig lebt halt keiner“.

Opus 2: Reduktion!

Die zugeteilten Kalorien, max. zwölfhundert pro Tag, sollten in dreißig Tagen zehn Schoppen Fett abtragen.

„Die Kalorie ist fast allein, sie hat sehr wenig Brüder, denn die Portion ist fein, doch klein und drückt die Stimmung nieder“.

Opus 3: Ausflug mit Damen!

„Nachdem das Sanatoriumsweib nach Mittagmahl gepennt,

sucht es nach neuem Zeitvertreib; um drei wird fortgerent“.

Dazu gesellte sich oft auch einer des anderen Geschlechts, der die Damen in einem Cafe mit manchmal auch zweideutigen Sprüchen bei Laune hielt.

Opus 4: Anwendungen!

„Wenn eines Menschen Leib marode, er knapp entsprungen ist dem Tode,

eilt er zum Stillachhaus.

Dort findet er nach Krankheitsqualen (vorausgesetzt, er kann bezahlen)

Heilung seines Körperbaus“!

Herr Gleichauf beschrieb in weiteren Versen das Leben geprägt durch Anwendungen wie Gymnastik, Wassertreten, Massagen etc. von früh bis spät.

Opus 5: Die Fleischeslust!

Ein Vergleich der Ernährung von Rindviechern, die nur Gras fressen und lustlos wiederkäuen mit der im Stillachhaus, ließ nur geringfügige Unterschiede erkennen, so dass die Gedanken an „Schweineflaasch“ extrem aufstießen.

„Des Mannes Aggressionsgelüst kommt von der Fleischeslust



und Körnerfrass hält er für Mist: Nur Fleisch macht breit die Brust“.

Die Moral:

„Des Weibes milder Liebessinn wird nicht durch Fleisch gepäppelt,  
denn Eva hat zu Anbeginn den Adam ja veräppelt.“

Opus 6: Frau Wirtin im Sanatorium!

Hier folgten einige Verse, angelehnt an die Melodie: „Es steht ein Wirtshaus an der Lahn“.

Diese scheinbar sehr korpulente Dame versuchte wohl vergeblich schlanker zu werden:

„Frau Wirtin hat hier `nen Masseur, der walkt sie täglich durch gar schwer.

Er greift ins volle Leben, doch ihrer Jugend schlanker Leib, kann er nicht wiedergeben“.

Opus 7: Hexameter im Daktylos! (Versfuß)

Nun wurden die (oft schlechten) Wetterverhältnisse angeprangert und der Bierdurst wurde schier unerträglich!

Opus 8: Die Loipe!

„Ein Mensch der über sechzig Jahr` des Lebens tägliche Gefahr mit Glanz und List bestanden hatte, der stellt sich auf die Langlauflatte“.

Es folgten die Erfahrungen, die ein Anfänger macht:

„Nach zehn Sekunden musste siegen die Schwerkraft denn sie bracht zum Liegen den Menschen auf des Hintern Steiß,  
was äußerst schmerzlich, (wie man weiß)“.

Moral:

„Der Langlauf schadet sehr dem Steiße,  
die Lust daran bleibt sehr gering,  
viel besser konnt der Mensch stets reisen,  
wenn er mit seinen Füßen ging“.

Opus 9: Im Regen gedichtet!

Düstere Aussichten, das Wetter war deprimierend:

„Der Regen zieht in dichten Schwaden, vom Nebelhorn herunter,  
vergellt des Menschen Mittagsbraten, verhindert, dass er munter

Das Wetter war einfach „unter aller Würde“!

Opus 10: Im Stile einer Ballade von Francois Villon (ca.1450)

„Ou sont des neiges d`antan“?

Wo ist der Schnee vom vergangenen Jahr? Hier beklagt der Verfasser, dass er allem nachtrauert, was es vor der Kur noch alles gab. Deftiges Essen, Schnäpse, das goldene Haar, das einst die Glatze zierte, die jungen Mädchen etc.

„Wo ist der Schnee vom vergangenen Jahr?

Er liegt hier noch rum (und das ist wahr)

und die Hunde schnuppern daran.

Wer unsere Leiber so übel tät schinden,  
der soll sich beim Teufel dereinst wiederfinden“.

Es folgte ein Gedicht von Heinrich Heine (ca.1840):

„Deutschland, ein Wintermärchen“, in dem vom glücklichen Leben auf der Erde berichtet wird, und welches Sehnsüchte weckte!

Opus 11: Bonifatius Kiesewetter im Stillachhaus!

Er ist im Stillachhaus gestrandet, weil er unmögliche Dinge verlangte: Siebzehn Kilo abnehmen, dabei aber mehr essen zu dürfen etc. sowie Liebesdienste seines Zimmermädchens, welches ihn letztlich zornig ins Jenseits beförderte.

Opus 12: Schwanengesang!

Die Kur geht dem Ende entgegen, und wehmütig denkt der Richard an die kommenden Zeiten, die vom Verzicht geprägt sein sollten, um das Erreichte zu erhalten:

„Mein strammer Bauch? Er ist perdu, die Haut schlägt weite Falten,

geheilt ist auch das Rheuma-Knie, des sechzig Jahre alten.

Ein neuer Gleichauf kehrt zurück, zum Leben frei von Sünde

und milder Direktorenblick ruht gütig auf dem Kinde“.

Opus 13: Deklariert!

Es folgte das „goldene Stillach-Alphabet“ mit je einem zweizeiligen Vers (Distichis), wobei jede Zeile am Anfang den jeweils gleichen Buchstaben des aufsteigenden Alphabets enthielt.

„Der Adler fällt vom Büchenschuss,  
die Anwendung bringt viel Genuss“.

„Der Bär ist gar ein drollig Tier,  
auch Badefrauen gibt es hier“, etc.

„Jetzt is awwer Schluss! (sagt Richard Julius)“.

### Karl Friedrich erzählt wieder!

Wie im vergangenen Jahr brachte Herr Friedrich auch diesmal wieder völlig frei eine Abhandlung über die Entstehung und Begründung von Begriffen und „bon mots“ in der deutschen Sprache.

Hier ein kleiner Auszug:

Was bedeutet z. B. in der Sprache der Advokaten der Begriff: „Schwebendes Verfahren“? Woher kommt er? Warum soll man da nicht eingreifen?

Im Reichskammergericht in Wetzlar häuften sich seinerzeit die Aktenberge, so dass man sie wegen Platzmangels in den Regalen einfach im Keller archivierte.

Gleichmaßen vergrößerte sich dort der Bestand an Ratten und Mäusen, die als Nagetiere den Bestand der Akten reduzierten.

Man fing sie ein und hängte sie zur Abschreckung auf: „Ein schwebendes Verfahren“!

Welche Bedeutung hat der Ausdruck: „Am Hungertuch nagen“?

Ersetzen sie nagen durch nähen, wird es deutlich. Im Mittelalter wurden Altartücher genäht und in der Fastenzeit sogenannte Hungertücher!

Die Tücher waren bunt und Herr Friedrich erinnerte an „Villa Kunterbunt“, wovon man den Begriff „Kontrapunkt“ ableiten könnte.

Dann ging er auf den Zusammenklang von Tönen ein, und was man sieht sollte man auch hören.

Den Begriff „Abenteuer“ brachte er in Zusammenhang mit dem Nibelungenlied, aus dessen Wurzeln letztlich der Begriff „Adveniat“ resultierte etc.

Zum Schluss stellte der Redner noch einmal heraus, welch gravierender Unterschied zwischen Berufsschul- und Gymnasiallehrern besteht: „Berufsschullehrer haben einen Beruf erlernt“!

Damit endeten die Vortragsreihen, und der gemütliche Teil des fortgeschrittenen Nachmittags begann. Es fanden noch viele z. T. angeregte Gespräche bei einem Glas Wein oder einem Kaffee statt, bis das harmonische Zusammensein langsam ausklang.



*Wechselspiel zwischen inhaltlicher Entwicklung und lang überfälligen Sanierungserfordernissen erneut in der Diskussion –*

## Zum Stand des gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplanes (BSEP) der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg

VON KARIN AMEND-RAAB



**A**m Mittwoch, den 22. April, fand eine weitere Schulausschusssitzung der Stadt Darmstadt statt. Dieses Mal im Justus-Liebig-Haus, nachdem man nach der letzten öffentlichen Sitzung Anfang März (wir berichteten) mit mehr Besuchern gerechnet hatte, die jedoch ausblieben.

Herr Prof. Dr. Uwe Fasshauer (Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd), der den Prozess fachlich begleitet, erläuterte seinen Bericht, der erneut die Auflösung der Alice-Eleonoren-Schule (AES) in den Fokus setzte, obwohl politisch von deren Auflösung bereits abgesehen wurde und deren Angliederung an die Landrat-Gruber-Schule Dieburg vom Tisch schien. Auf das im Abschlussbericht in Papierform vorhandene Szenario B, das von einer Auflösung der AES absieht, ging er nicht mehr ein, wodurch die Diskussion sich erneut zeitweise emotional um den Erhalt der Schule fortsetzte. Beklagt wurde darüber hinaus, dass es seit 25 Jahren, durch alle Fraktionen hindurch, für die öffentlichen beruflichen Schulen in Darmstadt keinen Fortschritt gab. Auch ging es wieder einmal um die Frage, wie man den Landkreis mehr in die finanzielle Pflicht nehmen könne, wenn schon weit aus mehr als die Hälfte der Berufsschüler aus dem Landkreis stammten. Durch eine zunehmende Akademisierung fehle es außerdem an Berufsschülern. (Die gehen wohl inzwischen auch an die zahlreichen privaten beruflichen Schulen der Stadt!)

### Und wie geht es weiter?

Nach Rafael Reißer, Schuldezernent der Stadt Darmstadt, werden nun von beteiligten bzw. relevanten Gruppen Mitte Juni bis 10. Juli Stellungnahmen eingeholt, gefolgt von einer Magistratsentscheidung am 22. Juli, einer weiteren Schulausschusssitzung der Stadt am 9. September und nach der Stadtverordnetenversammlung am 24. September erfolgt die Weiterleitung des Planes an das Hessische Kultusministerium. Dort sei mit einer Entscheidung nach etwa einem weiteren halben Jahr zu rechnen. Entwicklungen der Schülerzahlen und Ausbildungsangebote müssten berücksichtigt werden.

**Wir meinen:** Öffentliche berufliche Schulen, auch in Darmstadt und Dieburg, brauchen mehr Wertschätzung und müssen erhalten bleiben. Nicht umsonst findet die duale, berufliche Aus- und Weiterbildung Deutschlands weltweite Anerkennung. Neue pädagogische Konzepte erfordern finanzielle Mittel. Sanierungsstau ist nach wie vor das vorrangige Thema der Darmstädter beruflichen Schulen. Ein gemeinsamer Plan mit dem Landkreis erfordert seine Einbeziehung. Die Hoffnung auf dessen stärkere finanzielle Einbindung, über eine bereits festgeschriebene Beteiligung hinaus, bleibt allerdings auch hier, aufgrund der angespannten Haushaltslage des Kreises Darmstadt-Dieburg, mehr als fraglich. ←

# +++++ Ticker +++++

ZUSAMMENGESTELLT VON DR. CHRISTIAN LANNERT

*Zum Streik der angestellten Lehrkräfte:*

## Warum alle Lehrer Beamte sein sollten und warum nicht.

### **Kommentar zum Lehrerstreik: Schafft die Schulbeamten ab**

Weniger Geld, weniger Sicherheit: Im Vergleich zu ihren verbeamteten Kollegen sind angestellte Lehrer vielerorts schlechter gestellt. Ihr Streik ist daher sinnvoll. Noch sinnvoller wäre es, das Beamtentum für Lehrer flächendeckend abzuschaffen.

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/lehrerstreik-schafft-die-schulbeamten-ab-kommentar-a-1021362.html#ref=plista>



### **Plädoyer: Ich bin Lehrer, verbeamtet - und das ist auch gut so**

Jobgarantie, keine Geldsorgen - und erst der ganze Urlaub: Das Lehrerdasein weckt Neidgefühle. Zu Unrecht, sagt ein Pädagoge aus Hamburg. Er fordert den Beamtenstatus für alle Kollegen.

<http://www.spiegel.de/forum/schulspiegel/plaedoyer-ich-bin-lehrer-verbeamtet-und-das-ist-auch-gut-so-thread-249110-1.html>



### **Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst: Rund 60.000 Menschen beteiligen sich an Warnstreiks**

An vielen Schulen und Universitäten sowie in Verwaltungen ging heute nichts. Denn Tausende Angestellte im öffentlichen Dienst beteiligten sich an Warnstreiks. Die Gewerkschaften verlangen ein Angebot der Arbeitgeber.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/warnstreik-oeffentlicher-dienst-angestellte-lehrer-dabei-a-1023052.html#ref=rss>



### **„Faule Säcke“ oder Burnout? Wie es Deutschlands Lehrern geht**

Vor 20 Jahren schmähte der spätere Kanzler Schröder Lehrer als „faule Säcke“. Heute fordert die oberste Bildungspolitikerin der Republik mehr Respekt. Bequeme Beamte oder Burnout-Opfer - alles Klischees?

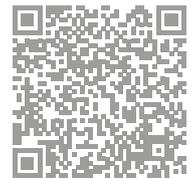
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/faule-saecke-oder-burnout-wie-es-deutschlands-lehrern-geht-13461124.html>



### **Hauptschule pusht Karriere**

In Baden-Württemberg bereitet eine Hauptschule ihre Absolventen so gut auf das Berufsleben vor, dass jeder auf Anhieb einen Ausbildungsplatz findet. Wie machen die das?

<http://www.zeit.de/karriere/beruf/2015-02/hauptschulabschluss-arbeitsmarkt-karriere-chancen>



### **Studie: Überhöhung durch die Eltern fördert Narzissmus bei Kindern**

Sie fühlen sich anderen überlegen und erwarten eine Sonderbehandlung: Immer mehr Kinder in westlichen Ländern sind krankhaft selbstverliebt, schreiben Wissenschaftler um Eddie Brummelman von der Universität Amsterdam.

[http://www.focus.de/wissen/diverses/gesundheit-ueberhoehung-durch-die-eltern-foerdert-narzissmus-bei-kindern\\_id\\_4533150.html](http://www.focus.de/wissen/diverses/gesundheit-ueberhoehung-durch-die-eltern-foerdert-narzissmus-bei-kindern_id_4533150.html)



### **Lehrer/innen-Schreibtisch: Ordnung herstellen und bewahren**

Den Schreibtisch aufräumen, ordnen, strukturieren ist gerade für Lehrer/innen ein echtes Problem - Klassenarbeiten, Elternbriefe und Unterrichtsmaterialien rotieren in unglaublicher Geschwindigkeit. Wir fragen Christa Beckers, Beraterin für Büroorganisation, wie Lehrer/innen Ordnung auf dem Schreibtisch herstellen können.

[http://www.lehrerfreund.de/schule/1s/lehrer-schreibtisch-ordnung/4611?utm\\_source=Lehrerfreund-Newsletter&utm\\_campaign=c85765a150-150315\\_Lehrerfreund-Newsletter\\_15\\_03\\_20153\\_15\\_2015&utm\\_medium=email&utm\\_term=0\\_e5033e6c22-c85765a150-234163709](http://www.lehrerfreund.de/schule/1s/lehrer-schreibtisch-ordnung/4611?utm_source=Lehrerfreund-Newsletter&utm_campaign=c85765a150-150315_Lehrerfreund-Newsletter_15_03_20153_15_2015&utm_medium=email&utm_term=0_e5033e6c22-c85765a150-234163709)



### **Papst an Lehrer: „Ich war auch einmal einer von euch“**

Der Beruf des Lehrers gehört zu den schönsten, die es überhaupt gibt. Das sagte der Papst im Vatikan.

[http://de.radiovaticana.va/news/2015/03/14/papst\\_an\\_lehrer\\_%E2%80%99Eich\\_war\\_auch\\_einmal\\_einer\\_von\\_euch%E2%80%99C/1129413](http://de.radiovaticana.va/news/2015/03/14/papst_an_lehrer_%E2%80%99Eich_war_auch_einmal_einer_von_euch%E2%80%99C/1129413)

